

BEZIRKSVERTRETUNG HEEPEN

Auszug aus der Niederschrift der Sitzung vom 09.03.2023

Zu Punkt 7

Umsetzung der Mobilitätsstrategie 2030; hier: Fußverkehrsstrategie - Leitfaden

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4675/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung und begrüßt Frau Choryan vom Amt für Verkehr zur Berichterstattung.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher kritisiert eingangs, dass die Verwaltung der Bezirksvertretung aufgrund der umfänglichen Vorlage keinen stadtbezirksbezogenen Auszug vorgelegt habe. Er bittet darum, diesen nachzureichen.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) schließt sich der Kritik von Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher an.

Darüber hinaus bemängelt er, dass den Gremien inzwischen mehrere Konzepte zum Thema Mobilität vorgelegt worden seien, die sich aus seiner Sicht -gerade im Stadtbezirk Heepen- massiv widersprechen. Deshalb habe die Bezirksvertretung in der Vergangenheit bereits mehrfach eine integrierte Sicht gefordert. Als Beispiel führt er die Planungen zum Rabenhof an. Hier überlagerten sich mehrere Konzepte, z.B. ÖPNV-Nutzung, Nutzung als Flaniermeile oder Fahrradstraße.

In der Vorlage, so führt Herr Dr. Elsner weiter aus, seien viele Maßnahmen angesprochen, über die die BV im Einzelfall und nicht im Rahmen eines Konzeptes entscheiden wolle. Die Maßnahmen seien von der BV bisher nicht beschlossen worden. So würden im Konzept u.a. sog. Quick-Wins, wie z.B. ein Parkverbot auf Gehwegkanten, angesprochen. Ein solches Konzept solle pauschal eingeführt werden ohne zu hinterfragen, wo PKWs alternativ parken könnten. Die BV wolle über die Einzelfälle entscheiden und nicht pauschal alles im Rahmen eines Konzeptes beraten.

Darüber hinaus geht Herr Dr. Elsner auf die durchgeführte Online-Befragung ein, dies könne nicht als eine Absicherung durch die öffentliche Meinung gewertet werden. Für den Stadtbezirk Heepen hätten nur sehr wenige Bürger*innen teilgenommen. Daraus könne keine Zustimmung zum Konzept abgeleitet werden. Die Maßnahmen müssten in der BV, als dem von den Bürger*innen des Stadtbezirkes legitimierten Gremium, erörtert werden.

Abschließend erklärt er, es sei der Beschlussvorlage nicht zu entnehmen, warum der Beitritt der Stadt Bielefeld zum Verein FUSS e.V. vorgeschlagen werde. Dieser Verein sei aus seiner Sicht parteipolitisch nicht neutral. Der Beitritt sei ohne die Benennung sachlicher Gründe nicht weiterzuverfolgen. Ggfls. leiste der Verein gute Arbeit, das sei aber der Vorlage nicht zu entnehmen. Zudem gibt er zu bedenken, dass dann im Zuge der

Gleichbehandlung auch ein Beitritt im Rahmen der Radverkehrsstrategie z.B. zum ADFC, beraten werden müsse.
Seine Fraktion rege deshalb an, die Vorlage in der vorgelegten Fassung abzulehnen.

Frau Klemme-Linnenbrügger (Vorsitzende der SPD-Fraktion) schließt sich der vorgenannten Kritik an und bemängelt zudem, dass in das projektbegleitende Fachteam keine Mitglieder der Bezirksvertretung einbezogen worden seien. Auch ihre Fraktion lehne die Vorlage in der aktuellen Fassung ab.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher ergänzt, dass die Bezirksvertretung auch zu dem Termin für eine fußläufige Begehung des Stadtteils Baumheide, an der lediglich wenige Bürgerinnen und Bürger teilgenommen hätten, nicht eingeladen worden sei.

Er nimmt Bezug auf die Aussage in der Vorlage, neben der bereits beschlossenen zusätzlichen 0,5 Stelle im Amt für Verkehr im Stellenplan 2024 ff. weitere 1,2 Stellen für die Fachverwaltung (Bauamt, Gesundheitsamt und Umweltamt) vorzusehen. Er vermisse hier eine Erhöhung des Stellenanteils im Bezirksamt, denn dort erhöhe sich aufgrund der zur Beratung und Umsetzung anstehenden diversen Mobilitätskonzepte der Arbeitsaufwand ebenfalls erheblich.

Auch aus seiner Sicht könne den nachfolgenden Gremien eine Beschlussfassung der Vorlage in der vorliegenden Fassung nicht empfohlen werden.

Frau stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Grünewald stimmt den Ausführungen von Herrn Dr. Elsner und Frau Klemme-Linnenbrügger zu und weist auf die INSEK-Planung für den Stadtteil Baumheide hin. Dafür liege eine Wege- und Mobilitätsplanung vor, die nicht mit denen im Gutachten beschriebenen Aufgaben übereinstimme. Die BV bitte deshalb erneut darum, die diversen Planungen übereinander zu legen und aufeinander abzustimmen. Sie erwarte, dass sich die Ämter untereinander abstimmen.

Außerdem bitte sie darum, die Vorschläge auf die einzelnen Stadtbezirke herunter zu brechen. Das Konzept zeuge nicht von einer guten Ortskenntnis der Planer.

Frau Kreye (Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) spricht sich für eine 1. Lesung der Vorlage in der heutigen Sitzung aus bzw. regt an, diese nicht pauschal abzulehnen, um fachlich weiter mit der Verwaltung im Gespräch zu bleiben.

Herr Dr. Elsner erklärt, Ziel sei es, weiter an dem Thema zu arbeiten, aber es müsse deutlich werden, dass die BV diesem Konzept nicht zustimmen könne. Die Verwaltung sei gefordert, hier neue Vorschläge zu unterbreiten. Insbesondere fehle die Beteiligung der Bezirke an der Erarbeitung und Umsetzung der Maßnahmen.

Erläuternd führt Herr Dr. Elsner aus, dass einerseits gute Maßnahmenvorschläge, wie z.B. Querungshilfen, in der Vorlage enthalten seien, jedoch obliege es der BV zu entscheiden, an welchen Stellen und mit welcher Priorität die Maßnahmen umgesetzt werden. Diese Entscheidungskompetenz könne der BV nicht durch ein Konzept genommen werden. Der nächste Vorlagenentwurf müsse daher deutlich machen, dass die BV ihre Kompetenzen auch wahrnehmen könne. Die Verbesserung der

Fußwege sei auch Ziel der BV, aber in der Umsetzung solcher Ideen dürfte nicht von den üblichen politischen Verfahren abgewichen werden. Damit könne auch vermieden werden, dass Maßnahmen beschlossen werden, die sich widersprechen.

Herr Dr. Elsner betont noch einmal, dass der Beitrittsantrag für den Verein FUSS e.V. aus der Vorlage herauszunehmen sei.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher fasst die Diskussion dahingehend zusammen, dass Einvernehmen bestehe, die Vorlage in der vorgelegten Fassung abzulehnen, verbunden mit der Bitte an die Verwaltung, die vgl. Einwände der BV aufzuarbeiten und das Thema erneut in einer der nächsten Sitzungen der BV vorzustellen.

Frau Choryan stellt im Folgenden anhand einer PowerPoint-Präsentation einige Eckpunkte der Fußverkehrsstrategie vor. Sie geht dabei insbesondere auf die Projektstruktur, das bereits politisch beschlossene Strategiepapier, den Leitfaden zur Konkretisierung der Leitziele sowie das Modellquartier Baumheide ein.

Sie führt aus, dass das Konzept der Fußverkehrsstrategie das letzte in der Reihe der Mobilitätskonzepte sei und der Verwaltung seien die von der BV geschilderten Probleme hinsichtlich des Zusammenwirkens der Konzepte bewusst. Aus den Erfahrungen bei der Erstellung der vorherigen Konzepte heraus habe die Verwaltung sich entschieden, hier bereits einige Maßnahmenvorschläge aufzunehmen, die es ermöglichen, direkt nach dem Beschluss der Strategie mit der Ausarbeitung zu beginnen.

Sie führt aus, dass bei der Umsetzung der sog. Quick-Wins nicht beabsichtigt sei, beispielsweise das Gehwegparken flächendeckend zu verhindern. Dies sei eher als ein Programm zu sehen, zudem müsse auch die aktuelle rechtliche/gerichtliche Beurteilung des Gehwegparkens im Blick behalten werden.

Frau Choryan erläutert, die Fußverkehrsstrategie enthalte Qualitätskriterien, die bei der Umsetzung von Maßnahmen gesamtstädtisch zu berücksichtigen seien. Beispielsweise müssten bei der Umsetzung einer Radverkehrsmaßnahme gleichzeitig die Belange des Fußverkehrs mitgedacht werden.

Im Weiteren geht sie auf die Zusammensetzung des Projektteams ein und erläutert die durchgeführte Online-Beteiligung zur Einbindung der Öffentlichkeit.

Sie führt aus, dass der Leitfaden (Anlage 1 der Vorlage) die Leitziele konkretisiere und auch die Handlungsoptionen und Qualitätsmerkmale darstelle.

Für die Modellquartiere seien Pilotprojekte vorgeschlagen worden, die exemplarisch an einer Stelle umgesetzt werden könnten, um sie dann nachzubessern oder auf weitere Maßnahmen in der Stadt zu übertragen.

Für das Modellquartier Baumheide, so erläutert Frau Choryan, sei ein Fußwegenetz entwickelt worden, welches auf bereits bestehenden Netzen aufbaue. Dabei seien beispielsweise das Freiraumentwicklungskonzept, das Grüne Wege Konzept sowie auch die INSEK-Maßnahmen berücksichtigt worden. Als Pilotprojekte biete sich für Baumheide z.B. die Umsetzung einer Spiel- oder Sportroute an. Wichtigster Teil der Strategie seien die Handlungsempfehlungen, dabei insb. die Gestaltungsleitlinien und die Qualitätskriterien. U.a. sei vorgesehen, Fuß- und Radverkehr möglichst getrennt zu führen.

Zu dem Verein FUSS e.V. erläutert Frau Choryan abschließend, dass dieser etliche Materialien zur Unterstützung für die Arbeit der Kommunen

herausgegeben habe.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher bedankt sich für die Ausführungen und weist darauf hin, dass in der Vorlage auch Maßnahmen enthalten seien, deren Umsetzung die BV bereits beschlossen habe und benennt beispielhaft die Problematik des Schwerlastverkehrs in der Heidenheimer Str. / im Schelpmilser Weg. Maßnahmen in diesem Bereich seien bislang vom Amt für Verkehr abgelehnt worden.

Herr Dr. Elsner zeigt sich vor dem Hintergrund der Gestaltung des Jahnplatzes erstaunt über den Ansatz, Fuß- und Radwege getrennt führen zu wollen.

Darüber hinaus merkt er an, aus seiner Sicht sei es sinnvoller, weitere Investitionen in die Umsetzung von durch die BV bereits beschlossenen bzw. beantragten Maßnahmen fließen zu lassen, als in weitere Konzepte zu investieren, die sich zudem noch selbst widersprechen.

Frau Klemme-Linnenbrügger erklärt, die Forderung im Konzept nach einer Beleuchtung der Fußwege gehöre aus ihrer Sicht zur Verkehrssicherung von Wegen. Dies bedürfe keines Konzeptes.

Auf Nachfrage von **Frau stellvertretender Bezirksbürgermeisterin Grünewald** erklärt Frau Choryan, dass sich 65 Bürger*innen im Stadtbezirk an der online-Befragung beteiligt hätten und die Teilnahme in den Bezirken unterrepräsentiert sei.

Frau stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Grünewald erklärt, sie erwarte von der Verwaltung, dass die Vorschläge auf den Bezirk heruntergebrochen werden.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher fasst die Diskussion abschließend dahingehend zusammen, dass die BV mit der Verwaltung zu diesem Thema konstruktiv im Gespräch bleiben wolle und die Verwaltung gebeten werde, in einer der nächsten Sitzungen erneut -bezogen auf den Stadtbezirk- zu berichten.

Unter Berücksichtigung der o.a. Anmerkungen ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Heepen lehnt die Vorlage in der vorliegenden Fassung ab und bittet die Verwaltung erneut bezogen auf den Stadtbezirk zu berichten. Dabei sind insbesondere die Beteiligung der Bezirksvertretung im Verfahren sowie die Einhaltung der Kompetenzen der Bezirksvertretung in der Beratung und Umsetzung der Maßnahmenvorschläge zu beachten.

Die BV bekräftigt noch einmal ihren Antrag auf Erstellung eines gesamtheitlichen Mobilitätskonzeptes für den Stadtteil Baumheide.

- einstimmig beschlossen -

- Die Beschlussvorlage in der vorgelegten Fassung wurde einstimmig abgelehnt -

* BV Heepen – 09.03.2023 - öffentlich – TOP 7*

-.:-

162 Bezirksamt Heepen, 24.03.2023, 3953

An

660.21

mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung.

I. A.

gez. Nebel